

November 2005, Zürcher Oberländer

Text der Pressemitteilung

«Ja» zur Grundstufe und «Ja» zur Steuerfusserhöhung

SP. An ihrer letzten Versammlung behandelte die SP Wetzikon die Geschäfte der Gemeindeversammlung vom 5. Dezember 05 und diskutierte über GATS (General Agreement on Trade in Services).

Einstimmig wurden an der SP Versammlung beschlossen, der massvollen aber längst und dringend nötigen Steuerfusserhöhung und dem Kredit für die Teilnahme am zukunftsweisenden Grundstufenversuch zu zustimmen.

Grundstufe löst Einschulungsprobleme

Zurzeit läuft im Kanton Zürich wie auch in anderen Kantonen ein Schulversuch, bei dem eine neue Schulstufe, die so genannte Grundstufe neu geschaffen wird. Diese Grundstufe umfasst die beiden Kindergartenjahre und das bisherige erste Schuljahr. Die Kinder werden im Alter von etwa 5 Jahren in die Grundstufe aufgenommen, verbleiben hier im Normalfall drei Jahre, um dann in die 2. Klasse der Unterstufe überzutreten. Der Vorteil der Grundstufe besteht darin, dass dieser Übertritt problemloser als der Übertritt heute vom Kindergarten in die 1. Klasse, ganz dem Entwicklungsstand der Kinder entsprechend, flexibel bereits nach zwei oder dann erst nach vier Jahren Grundstufe erfolgen kann. Die Wetziker Primarschule möchte nun im nächsten Sommer, wenn der Kanton in einer letzten Staffel nochmals 10 Gemeinden zur Teilnahme am Schulversuch einlädt, mit drei solchen Grundschulklassen teilnehmen. Dazu sind ein paar bauliche Anpassungen nötig; ausserdem bewirken andere Anstellungsbedingungen und -verhältnisse – für eine Grundschulklasse werden 150 Stellenprocente benötigt – jährliche Mehrkosten. Wie die Primarschulpflege ist auch die SP der Meinung, dass die beantragten Fr. 180'000.– für die drei Versuchsjahre eine gute Investition in eine zukunftsweisende Richtung der Weiterentwicklung unserer Schulen ist. Es bleibt zu hoffen, dass einerseits die Lehrerschaft den Versuch tatkräftig mitträgt und andererseits die im nächsten Frühjahr neu zu bestellende Behörde genügend Zeit und Energie aufbringen kann, neben allen anderen noch nicht abgeschlossenen Innovationsprojekten auch noch diesen Versuch zu begleiten.

Steuerfusserhöhung unumgänglich

So wenig wie ein Privatbetrieb kann es sich auch die öffentliche Hand, sprich die Stadt Wetzikon leisten, über Jahre hinweg immer wieder defizitäre Jahresrechnungen vorzu-

legen. Darum haben sich die Behörden seit Jahren um Einsparungen, Optimierungen von Betriebsabläufen und Nutzung von Synergien bemüht und damit auch beachtliche Erfolge nachweisen können. Nur wurden all diese Anstrengungen sehr schnell wieder zunichte gemacht etwa durch die im Jahre 2002 vom Souverän – entgegen der Meinung der SP und dem Willen des Gemeinderates – beschlossene Steuerfussenkung um 7%. Auch mit der nun vorgesehenen 4%igen moderaten Steuerfusserhöhung wird das strukturell bedingte Defizit, zu dem es laut Voranschlag auch im nächsten Jahr wieder kommen wird, noch auf Jahre hinaus nicht ganz verschwinden, aber immerhin reduziert. Erfolgt nun nicht bald auf der Einnahmenseite eine Verbesserung, so wird die Stadt immer mehr von der Substanz leben müssen, d.h. das Eigenkapital wird aufgebraucht, und dringende Investitionen zur Werterhaltung müssen nicht nur wie jetzt auf ein Minimum beschränkt, sondern ganz unterbleiben. Alle Beiträge an Institutionen, die der Stadt zum «Leben» verhelfen, müssten dann über kurz oder lang eigentlich gestrichen werden – so etwa auch der an der kommenden Gemeindeversammlung ebenfalls vorgelegte Kredit an die «Interessengemeinschaft jugendfördernder Wetziker Vereine (IG JWV)». Das «Wunder vom Fünfer und dem Weggli» gibt es auch in Wetzikon nicht: Wir können nicht gleichzeitig Kredite für den Ausbau von Sportanlagen, Strassen und sonstiger Infrastruktur sprechen und gleichzeitig erwarten, dass die Steuern gleichbleiben oder gar noch sinken. Der bürgerlich ausgerichtete Gemeinderate gilt als besonnen und massvoll in seiner Ausgabenpolitik. Nur wer den Staat demontieren und seine Aufgaben marginalisieren möchte, wird deshalb den Antrag auf Steuerfusserhöhung ablehnen.

GATS – Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen

Am Schluss der Versammlung wurde noch ein Thema aufgegriffen, das auf internationaler Ebene angesiedelt ist, aber durchaus Auswirkungen bis auf Gemeindeebene hat. Gegenwärtig wird in der Welthandelsorganisation (WTO) das GATS (General Agreement on Trade in Services) neu verhandelt, bei dem es um die Grundlagen einer permanenten Liberalisierung des Dienstleistungsbereiches geht. Betroffen sind also alle Basisdienstleistungen, die für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft wichtig sind, wie Gesundheit, Bildung, Energie- und Wasserversorgung, Transportwesen, Post, Kultur usw. Dabei könnte es dazu kommen, dass der Handlungsspielraum der lokalen Behörden und Gremien (Gemeinden und Kanton) undemokratisch massiv eingeschränkt würde. Dagegen wehren sich bereits viele Gemeinden weltweit: So haben sich z.B. rund 300 Gemeinden in Österreich und 600 in Frankreich (inklusive Paris) als so genannt «GATS-freie Zone» erklärt. Auch in der Schweiz gibt es immer mehr Gemeinden, die dies tun. Es wäre überlegenswert, ob nicht auch Wetzikon ein Interesse daran hätte, seine Autonomie z.B. in der eigenen Wasserversorgung nicht gefährdet zu sehen. Das Thema ist jedenfalls so brisant, dass es von der SP Wetzikon weiter verfolgt wird.